



Pfäffikon, 14. November 2021

Volkswillen endlich umsetzen

Nachdem das Transparenzgesetz (TPG) fast vier Jahre nach Annahme der Initiative immer noch nicht inkraftgesetzt wurde, soll der Bundesgerichtsentscheid in Bezug auf die anonymen Spenden und die darin festgehaltene Freigrenze von CHF 1'000.-- akzeptiert werden. Ferner ist die SP-Fraktion hinsichtlich des Verwaltungs- und Sicherheitsneubaus im Kaltbach gespalten und unterstützt die Motion zur Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts ab 16 Jahren.

Die bürgerlichen Parteien machten nie einen Hehl daraus, dass sie das Transparenzgesetz (TPG) als unnötig betrachten. «Die Gegner:innen des TPG geben das Bild schlechter Verlierer:innen ab», kritisiert Mitinitiant und SP-Kantonsrat Thomas Büeler (Lachen). Mit den neuerlichen Kommissionsanträgen seitens der RJK wird die Verzögerungstaktik, die von erster Stunde an verfolgt wurde, fortgesetzt. Das ist ein Hohn gegenüber der Stimmbevölkerung, welche die Einführung von Transparenzregelungen in der Politikfinanzierung zweimal an der Urne bejahte. Büeler fordert unmissverständlich: «Der Volkswillen soll nun endlich umgesetzt und das TPG inkraftgesetzt werden.» Dementsprechend lehnt die SP-Fraktion beide Kommissionsmehrheitsanträge der Kommission ab und stellt zusätzlich den Antrag, dass Spenden auch in kampagnenlosen Jahren offengelegt werden müssen.

Kaltbach – Zukunft der Parzelle an der Bahnhofstrasse

Der Ausgabenbewilligung für die Projektierung eines neuen Verwaltungs- und Sicherheitszentrums Kaltbach steht die SP gespalten gegenüber. Einerseits macht eine Zusammenlegung der Verwaltung aus finanziellen und Effizienzgründen sowie Aspekten der Bausicherheit durchaus Sinn. Andererseits ist es raumplanerisch fraglich, weshalb so viele Arbeitsplätze an den Dorfrand auf eine grüne Wiese verlegt werden sollen. SP-Kantonsrätin Aurelia Imlig-Auf der Maur (Schwyz) hält fest: «Falls dem Standort Kaltbach zugestimmt wird, soll die Liegenschaft im Dorfzentrum unbedingt für preisgünstigen Wohnraum oder Dienstleistungen der Gemeinde Schwyz – z.B. eine Tagesschule, die psychomotorische Therapie oder die Logopädie – verwendet werden.»

Demokratie leben – Jugend einbeziehen

Eine Motion von SP-alt-Kantonsrat Leo Camenzind (Brunnen), die ebenfalls von Vertreter:innen der FDP, die Mitte und glp mitunterzeichnet wurde, fordert die Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechts ab 16 Jahren. SP-Kantonsrat und Sekundarlehrer Thomas Büeler (Lachen) befürwortet das Anliegen vorbehaltlos: «Politische Themen und die Förderung kritischen Denkens sowie der Diskussionskompetenz sind heute wesentliche Bestandteile des Unterrichts. Zudem zeigen Statistiken, dass Jugendliche mehr politisiert sind als noch vor 10 Jahren (z.B. Klimabewegung).» Ferner wird die Stimmbevölkerung durchschnittlich immer älter. Deshalb wird es zunehmend wichtiger, die Jugend miteinzubeziehen. So können der Austausch zwischen den Generationen verbessert und Antworten auf die Fragen von morgen gefunden werden. Büeler doppelt nach: «Auf Bundesebene ist das Stimmrechtsalter 16 auf gutem Weg. Der Kanton Schwyz kann deshalb für einmal die Vorreiterrolle übernehmen, statt nur passiv nachzuziehen.»

SP Kanton Schwyz